

**Landtag Nordrhein-Westfalen**  
12. Wahlperiode

**Vorlage**

an den Haushalts- und Finanzausschuß



**Entwurf des Haushaltsgesetzes 1997**

**hier: Personaletat**

- Drucksachen 12/1200, 12/1390, 12/1550 und 12/1570 -

**Bericht über das Ergebnis der Beratungen  
des Unterausschusses "Personal" des Haushalts- und Finanzausschusses**

**Berichterstatter**

**Abg. Ernst-Martin Walsken**

**SPD**

**Beschlußempfehlung**

Der Unterausschuß "Personal" empfiehlt dem Haushalts- und Finanzausschuß, den Personaletat entsprechend der Anlage 1 zu beschließen.

## Bericht

Durch Beschluß vom 11.09.1996 hat der Landtag den Haushaltsplanentwurf 1997 nach der ersten Lesung an den Haushalts- und Finanzausschuß - federführend - und an die zuständigen Fachausschüsse mit der Maßgabe überwiesen, daß die Beratung des Personalhaushalts einschließlich aller personalrelevanten Ansätze im Haushalts- und Finanzausschuß unter Beteiligung seines Unterausschusses "Personal" erfolgt. Der Unterausschuß "Personal" hat den Personaletat in seinen Sitzungen am 30.09., 23.10., 06.11., 27.11. und 02.12.1996 beraten.

Wie in den Vorjahren hat der Unterausschuß "Personal" auch während der diesjährigen Haushaltsberatungen den Berufsverbänden als Interessenvertreter der Angehörigen des öffentlichen Dienstes Gelegenheit gegeben, ihre Vorstellungen über den Personalhaushalt 1997 zu den Stellenplänen der einzelnen Ressorts vorzutragen. Dieses "Hearing" wurde am 23.10.1996 durchgeführt.

Im einzelnen stützte der Unterausschuß "Personal" seine Entscheidung auf das vorliegende Beratungsmaterial (Entwurf des Haushaltsgesetzes 1997 einschließlich der drei Ergänzungsvorlagen, Drucksachen 12/1200, 12/1390, 12/1550 und 12/1570), die mündlichen Erklärungen der einzelnen Ressorts in den Sitzungen und verschiedene Zuschriften zum Personalhaushalt.

Die Beschlußempfehlungen der Fachausschüsse und die Anträge der Fraktionen sind in die als Anlage beigefügte Beschlußvorlage eingearbeitet.

In der Sitzung des Unterausschusses vom 2. Dezember 1996 erklärte die CDU-Fraktion, daß sie sich außerstande sähe, die 3. Ergänzung zum Haushalt 1997 zu beraten. Die Drucksache 12/1570 des Finanzministeriums vom 27.11.1996, die erhebliche Auswirkungen der Organisationsuntersuchung bei den Veranlagungsstellen, Erlaß- und Stundungsstellen und Rechtsbehelfstellen auf den Personalhaushalt des Finanzressorts darstelle und die Schlußfolgerung der Landesregierung erläutere, sei ohne ausreichende Vorbereitungszeit für die CDU-Fraktion nicht nachvollziehbar, zumal das zugrundeliegende Organisationsgutachten erst zu Beginn des nächsten Jahres erwartet würde. Aus diesem Grund könnten nach Auffassung der CDU-Fraktion die in der 3. Ergänzung enthaltenen Stellenplanveränderungen im Einzelplan des Finanzministeriums noch nicht fundiert bewertet werden.

Der Vorsitzende führte dazu aus, daß die 3. Ergänzung gemäß § 32 LHO dem Haushalt 1997 zugewachsen und somit Beratungsgrundlage sei. Sofern die in der 3. Ergänzung enthaltenen ersten Umsetzungen des KPMG-Gutachtens im Einzelplan 12 zurückgestellt werden sollten, müßten entsprechende Änderungsanträge gestellt werden. Eine Beschlußfassung hinsichtlich der in der 3. Ergänzung enthaltenen personalrelevanten Maßnahmen halte er im übrigen zum jetzigen Zeitpunkt auch für sinnvoll. Zum einen könnten im Vorgriff auf das im Januar 1997 endgültig vorliegende

Gutachten bereits Konsequenzen für den Haushalt 1997 gezogen werden, wodurch der Abbau von Stellen nicht weiter hinausgezögert würde. Andererseits berücksichtige aber auch gerade die 3. Ergänzung die Stärkung der Betriebsprüfung durch Streichung von 220 kw-Vermerken, was einvernehmlich politisch gewollt sei.  
Sodann wurde der Einzelplan 12 in der Fassung der 3. Ergänzung beraten.

In der Gesamtabstimmung wurde der Personalhaushalt unter Einbeziehung der beschlossenen Änderungen mit den Stimmen der SPD-Fraktion gegen die Stimmen der CDU-Fraktion bei Abwesenheit der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN angenommen.

Ernst-Martin Walsken  
stv. Vorsitzender

**Anlage:**  
Beschlüßvorlage

# Haushaltsgesetz

Lfd. Nr.	Antrag der Fraktion	Abstimmungsergebnis im Unterausschuß
HG/01	<p>Der Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 1997 (Haushaltsgesetz 1997) und Entwurf eines Gesetzes zur Überleitung vom mittleren in den gehobenen Dienst im Justizvollzug wird wie folgt geändert:</p> <p>1. Artikel II, § 1 Abs. 1 Nr. 1 wird wie folgt ergänzt:</p> <p>"... in den Vollzugsanstalten Aachen, Bielefeld-Senne, Bielefeld-Brackwede I, Bochum, Duisburg-Hamborn, Düsseldorf, Essen, Geldern, Köln, Münster, Remscheid, Rheinbach ..."</p> <p>2. Artikel II, § 1 Abs. 1 Nr. 2 wird wie folgt ergänzt:</p> <p>"... der Justizvollzugsanstalten Aachen, Bochum, Geldern, Werl, Herford, Bielefeld-Brackwede I, Willich I, Köln, Münster, Rheinbach und Siegburg ..."</p> <p><b>Begründung:</b> Um weiteren zwei Leitern des allgemeinen Vollzugsdienstes in großen Justizvollzugsanstalten und weiteren drei Leitern des Werkdienstes Aufstiegsmöglichkeiten in den gehobenen Dienst zu ermöglichen, werden weitere 5 Planstellen des mittleren Dienstes gehoben. Zur Durchführung der Hebungen ist die Ergänzung des Entwurfs des Überleitungsgesetzes erforderlich.</p>	<p>angenommen</p> <p>SPD: Ja            CDU: Nein            GRÜNE: Ja</p>

# Haushaltsgesetz

Lfd. Nr.	Antrag der Fraktion		Abstimmungsergebnis im Unterausschuß
		GesamtAbstimmung über das Haushaltsgesetz:	angenommen SPD: Ja CDU: Nein GRÜNE: Ja



# Einzelplan 01 - Landtag

Lfd. Nr.	Antrag der Fraktion	Abstimmungsergebnis im Unterausschuß												
01/02	SPD CDU BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN	<p>Kapitel 01 010 - Landtag            Titelgruppe 61 - Ausgaben für Enquete-Kommissionen            Titel 425 61 - Bezüge der Angestellten</p> <p>Erhöhung des Ansatzes</p> <table border="0"> <tr> <td>von</td> <td>142.800 DM</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td>142.800 DM</td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td>285.600 DM</td> </tr> </table> <p>Zugang von</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>1 Stelle der Verg.Gr. Vb/Vc BAT</li> <li>1 Stelle der Verg.Gr. Vlb BAT</li> </ul> <p>jeweils kw zum 31.12.2000.</p> <p><b>Begründung:</b>            Die Stellen und Mittel werden benötigt, um entsprechend dem Einsetzungsbeschluß Schreibkraftkapazität zur Verfügung zu stellen.            Da die Stellen nur für die Dauer der Tätigkeit der Enquete-Kommission sowie für ihre Vor- und Nacharbeiten bis zur Entscheidung des Parlaments zur Verfügung zu stellen sind, sollten sie zunächst mit einem kw-Vermerk zum 31.12.2000 befristet werden.</p> <p><b>Votum des Fachausschusses:</b>      <b>angenommen</b></p> <table border="0"> <tr> <td>SPD</td> <td>Ja</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td>Ja</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td>Ja</td> </tr> </table>	von	142.800 DM	um	142.800 DM	auf	285.600 DM	SPD	Ja	CDU	Ja	GRÜNE	Ja
von	142.800 DM													
um	142.800 DM													
auf	285.600 DM													
SPD	Ja													
CDU	Ja													
GRÜNE	Ja													

# Einzelplan 01 - Landtag

Lfd. Nr.	Antrag der Fraktion	Abstimmungsergebnis im Unterausschuß
	Gesamtabstimmung über den Einzelplan 01:	einstimmig angenommen SPD: Ja CDU: Enthaltung GRÜNE: Ja

# Einzelplan 02 - Ministerpräsident und Staatskanzlei

Lfd. Nr.	Antrag der Fraktion	Abstimmungsergebnis im Unterausschuß
		angenommen SPD: Ja CDU: Nein GRÜNE: Ja

## Einzelplan 03 - Innenministerium

Lfd. Nr.	Antrag der Fraktion		Abstimmungsergebnis im Unterausschuß
03/01		<p><b>Kapitel 03 010 - Ministerium</b>  <b>Titelgruppe 61 - Ständige Geschäftsstelle der Innenministerkonferenz</b></p> <p>Im Haushaltsvermerk Nr. 2 wird das Wort "Einnahmen" durch das Wort "Mehreinnahmen" ersetzt.</p> <p><b>Begründung:</b>            Es handelt sich um eine Richtigstellung in Absprache mit dem Ressort.</p>	<p>einstimmig angenommen</p> <p>SPD: Ja            CDU: Ja            GRÜNE: Ja</p>
03/02	SPD BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN	<p><b>Kapitel 03 110 - Polizeibehörden und Polizeieinrichtungen</b>  <b>des Landes Nordrhein-Westfalen</b></p> <p><b>Titel 422 10 - Bezüge der Beamten</b></p> <p>Reduzierung des Ansatzes            von 2.776.451.000 DM            um 19.330.800 DM            auf 2.757.120.200 DM</p> <p><b>Begründung:</b>            Da die Veranschlagung der Mittel für die Übernahme geprüfter Anwärter im Jahr 1997 nur zeitanteilig für das Jahr 1997 erforderlich ist (- veranschlagt ist der volle Jahresbetrag -), kann die Summe im Rahmen der Gesamtddeckung der Änderungsanträge von SPD und Bündnis 90/Die Grünen zum Entwurf des Haushalts 1997 abgesetzt werden.</p>	<p>angenommen</p> <p>SPD: Ja            CDU: Nein            GRÜNE: Ja</p>

## Einzelplan 03 - Innenministerium

Lfd. Nr.	Antrag der Fraktion		Abstimmungsergebnis im Unterausschuß
03/03		<p>Kapitel 03.110 - Polizeibehörden und Polizeieinrichtungen des Landes NRW</p> <p>Kapitel 422 10 - Bezüge der Beamten Stellen für beamtete Hilfskräfte</p> <p>Das Innenministerium wird gebeten,</p> <p>den Unterausschuß "Personal" zu gegebener Zeit zu informieren, in welcher Form eine Kompensation der Mehrkosten aus Anlaß der Einrichtung von 830 Stellen z.A. erfolgt.</p>	<p>einstimmig angenommen</p> <p>SPD: Ja CDU: Ja GRÜNE: Ja</p>
03/04		<p>Kapitel 03.110 - Polizeibehörden und Polizeieinrichtungen des Landes NRW</p> <p>Titel 425 10 - Bezüge der Angestellten</p> <p>Die Landesregierung wird gebeten,</p> <p>dem Unterausschuß "Personal" zum frühestmöglichen Zeitpunkt das Gutachten über den Fluggastkontrolldienst vorzulegen.</p>	<p>einstimmig angenommen</p> <p>SPD: Ja CDU: Ja GRÜNE: Ja</p>

## Einzelplan 03 - Innenministerium

Lfd. Nr.	Antrag der Fraktion	Abstimmungsergebnis im Unterausschuß
03/05	<p>Kapitel 03 110 - Polizeibehörden und Polizeieinrichtungen des Landes NRW            Titelgruppe 80 - Hilfen des Landes für Berlin zur Bekämpfung der Regierungs- und Vereinigungskriminalität</p> <p>Ausweisung von kw-Vermerken "kw 31.12.2004 (31.12.1996 - Verlängerung)" bei folgenden Stellen:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>4 Stellen der Bes.Gr. A 13 g.D. BBesO</li> <li>8 Stellen der Bes.Gr. A 12 BBesO</li> <li>16 Stellen der Bes.Gr. A 11 BBesO</li> <li>16 Stellen der Bes.Gr. A 10 BBesO</li> <li>8 Stellen der Bes.Gr. A 9 g.D. BBesO</li> </ul> <p><b>Begründung:</b>            Im Haushalt 1996 waren die Stellen mit kw-Vermerk zum 31.12.1996 ausgewiesen. Der Haushaltsplanentwurf 1997 sieht den ersatzlosen Wegfall der kw-Vermerke vor, da die Aufgabe bis zum Jahre 2004 fortbestehen wird.            In Anlehnung an die Praxis beim Justizministerium (gleichgelagerte Aufgabe im Kapitel 04 040) sollen die kw-Vermerke nicht entfallen, sondern auf den 31.12.2004 verlängert werden.</p>	<p>einstimmig angenommen</p> <p>SPD: Ja            CDU: Ja            GRÜNE: Ja</p>

## Einzelplan 03 - Innenministerium

Lfd. Nr.	Antrag der Fraktion		Abstimmungsergebnis im Unterausschuß
03/06		<p><b>Kapitel 03 310 - 5 Bezirksregierungen</b>  <b>Titel 422 10 - Bezüge der Beamten</b></p> <p>Es werden folgende Vermerke ausgewiesen:</p> <p>bei den Planstellen der Bes.Gr. A 15 BBesO  "- (2) Stellen kw 31.12.1998"</p> <p>bei den Planstellen der Bes.Gr. A 13 h.D. BBesO  "- (2) Stellen kw 31.12.1998"</p> <p>bei den Planstellen der Bes.Gr. A 9 g.D. BBesO  "- (2) Stellen kw 31.12.1998"</p> <p>bei den Planstellen der Bes.Gr. A 5 m.D. BBesO  "- (1) Stelle kw 31.12.1998"</p> <p><b>Begründung:</b>  Es handelt sich um eine redaktionelle Korrektur in Abstimmung mit dem Ressort.</p>	<p>einstimmig angenommen</p> <p>SPD: Ja  CDU: Ja  GRÜNE: Ja</p>

# Einzelplan 03 - Innenministerium

Lfd. Nr.	Antrag der Fraktion	Abstimmungsergebnis im Unterausschuß
03/07	<p><u>Kapitel 03 310 - 5 Bezirksregierungen</u>            Titelgruppe 82 - Wiedergutmachung            Titel 422 82 - Bezüge der Beamten</p> <p>Der Vermerk "davon 1 (-) Stelle ku nach Bes.Gr. A 16" wird durch den Vermerk "davon 1 (-) Stelle ku nach Bes.Gr. A 16 ab 01.01.1999" ersetzt.</p> <p>Das Innenministerium wird gebeten,</p> <p>die B 2-Wertigkeit der Stelle des Abteilungsleiters für eine Beförderung erst nach Ablauf einer Zeit in Anspruch zu nehmen, die der Dauer der Stellenbesetzungssperre entspricht.</p> <p><u>Begründung:</u>            Es soll erreicht werden, daß trotz der formal nicht anzuwendenden Stellenbesetzungssperre die Besetzung frühestens zum 01.08.1997 vorgenommen wird und die Umwandlung der Stelle erst nach Ausscheiden des künftigen Stelleninhabers erfolgt.</p>	<p>einstimmig angenommen</p> <p>SPD: Ja            CDU: Ja            GRÜNE: Ja</p>
<b>Gesamtabstimmung über den Einzelplan 03:</b>		<p>angenommen</p> <p>SPD: Ja            CDU: Nein            GRÜNE: Ja</p>

## Einzelplan 04 - Justizministerium

Lfd. Nr.	Antrag der Fraktion		Abstimmungsergebnis im Unterausschuß
04/01		<p>Das Justizministerium wird gebeten,</p> <p>nach der Sommerpause über die Erfahrungen mit dem Modellprojekt "Haushaltsflexibilisierung" zu berichten.</p>	<p>einstimmig angenommen</p> <p>SPD: Ja            CDU: Ja            GRÜNE: Ja</p>
04/01 a)		<p><b>Kapitel 04 010 - Ministerium</b>  <b>Titel 422 10 - Bezüge der Beamten (und Richter)</b>            Stellen für beamtete Hilfskräfte            c) abgeordnete Beamte</p> <p>Zugang von            1 Stelle der Bes.Gr. R 2 (aus Kapitel 04 040)            1 Stelle der Bes.Gr. A 11 (aus Kapitel 04 040)</p> <p><b>Begründung:</b>            Zur Sicherstellung der Stellenführung für zwei abgeordnete Beamte, die im Geschäftsbereich des Justizministeriums koordinierende Aufgaben im Organisationsentwicklungsprozeß wahrnehmen, müssen zwei Stellen für abgeordnete Beamte eingerichtet werden.</p>	<p>einstimmig angenommen</p> <p>SPD: Ja            CDU: Ja            GRÜNE: Ja</p>

# Einzelplan 04 - Justizministerium

Lfd. Nr.	Antrag der Fraktion		Abstimmungsergebnis im Unterausschuß
04/02	SPD CDU BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN	<p>Kapitel 04.050 - Justizvollzugseinrichtungen Titel 422 10 - Bezüge der Beamten (und Richter)</p> <p>Bes.Gr. A 10 - Justizvollzugsoberspektor/Justizvollzugsoberspektorin bisher 15 Änderung +2 neu 17</p> <p>Bes.Gr. A 10 - Technischer Oberspektor/Technische Oberspektorin bisher 8 Änderung +3 neu 11</p> <p>Bes.Gr. A 9 - Betriebsinspektor/Betriebsinspektorin bisher 92 Änderung -1 neu 91</p> <p>26 (26) erhalten eine Amtszulage nach Fußnote 3 zur Besoldungsgruppe A 9 der Bundesbesoldungsordnung</p>	<p>einstimmig angenommen</p> <p>SPD: Ja CDU: Ja GRÜNE: Ja</p>

# Einzelplan 04 - Justizministerium

Lfd. Nr.	Antrag der Fraktion		Abstimmungsergebnis im Unterausschuß
noch 04/02	SPD CDU BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN	<p>Bes.Gr. A 8 - Justizvollzugshauptsekretär/Justizvollzugshauptsekretärin bisher Änderung neu</p> <p>Bes.Gr. A 8 - Hauptwerkmeister/Hauptwerkmeisterin bisher Änderung neu</p> <p>Bes.Gr. A 7 - Justizvollzugsobersekretär/Justizvollzugsobersekretärin bisher Änderung neu</p>	<p>1.542 - 1 1.541</p> <p>146 - 1 145</p> <p>2.565 - 1 2.564</p>

# Einzelplan 04 - Justizministerium

Lfd. Nr.	Antrag der Fraktion		Abstimmungsergebnis im Unterausschuß
noch 04/02	SPD CDU BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN	<p>Bes.Gr. A 7 - Oberwerkmeister/Oberwerkmeisterin bisher Änderung neu</p> <p><b>Begründung:</b> Um weiteren zwei Leitern des allgemeinen Vollzugsdienstes in Justizvollzugsanstalten mit einer Belegungsfähigkeit von mehr als 500 Haftplätzen und drei weiteren Leitern des Werkdienstes, deren Werkdienstbereich bzw. Eigenbetrieb einen Jahresbedarf von mehr als 50.000 Dienststunden aufweist, Aufstiegsmöglichkeiten in den gehobenen Dienst zu geben, ist die Hebung von 5 Planstellen des mittleren Dienstes in den gehobenen Dienst erforderlich.</p>	<p>162 - 1 161</p>
		<p><b>Gesamtabstimmung über den Einzelplan 04:</b></p>	<p>angenommen</p> <p>SPD: Ja CDU: Nein GRÜNE: Ja</p>

## Einzelplan 05 - Ministerium für Schule und Weiterbildung

Lfd. Nr.	Antrag der Fraktion		Abstimmungsergebnis im Unterausschuß
05/01		<p><b>Kapitel_05_060 - Landesamt für Ausbildungsförderung</b>  <b>Titel 422 10 - Bezüge der Beamten</b></p> <p>Zugang von            1 Planstelle der Bes.Gr. A 8 BBesO - ku nach Bes.Gr. A 7</p> <p>Abgang von            1 Planstelle der Bes.Gr. A 7 BBesO</p> <p><b>Begründung:</b>            Die Hebung der Planstelle ist für den Systemverwalter im Landesamt für Ausbildungsförderung in Aachen vorgesehen (36 Bildschirmarbeitsplätze, 2 ADV-Systeme, Einbeziehung des Meister-BAFÖG).            Die Hebung erfolgt in Ausschöpfung der Obergrenzen gemäß § 3 Abs. 2 der VO zu § 26 Abs. 4 Nr. 2 Bundesbesoldungsgesetz, für die überwiegend im Bereich der Ablaufplanung und Programmierung von Arbeitsverfahren unter Einsatz von elektronischen Datenverarbeitungsmaschinen und Systemprogrammen beschäftigten Beamten des mittleren Dienstes.</p>	<p>einstimmig angenommen</p> <p>SPD: Ja            CDU: Ja            GRÜNE: Ja</p>

## Einzelplan 05 - Ministerium für Schule und Weiterbildung

Lfd. Nr.	Antrag der Fraktion		Abstimmungsergebnis im Unterausschuß
05/02		<p>Kapitel 05 060 - Landesamt für Ausbildungsförderung            Titel 425 10 - Bezüge der Angestellten            Titel 427 20 - Vergütungen und Löhne für Aushilfen</p> <p><b>Redaktionelle Änderung:</b>            Der Haushaltsansatz in Höhe von 150.000 DM für Vergütungen und Löhne für Aushilfen ist bei Titel 427 20 auszuweisen (in der Ergänzungsvorlage 12/1550 noch bei Titel 425 10 etatisiert).</p>	<p>einstimmig angenommen</p> <p>SPD: Ja            CDU: Ja            GRÜNE: Ja</p>

## Einzelplan 05 - Ministerium für Schule und Weiterbildung

Lfd. Nr.	Antrag der Fraktion		Abstimmungsergebnis im Unterausschuß
05/03		<p><b>Kapitel 05 060 - Landesamt für Ausbildungsförderung</b>  <b>Titel 427 20 - Vergütungen und Löhne für Aushilfen</b></p> <p>Erhöhung des Ansatzes            von 150.000 DM            um 75.000 DM            auf 225.000 DM</p> <p><b>Kapitel 05 300 - Schulen gemeinsam</b>  <b>Titel 427 10 - Vergütungen für nebenamtliche Tätigkeiten</b></p> <p>Reduzierung des Ansatzes            von 500.000 DM            um 75.000 DM            auf 425.000 DM</p> <p><b>Begründung:</b>            Die Erhöhung des Haushaltsansatzes beim Landesamt für Ausbildungsförderung ist für die Erledigung der den Landesamt übertragenen Aufgaben im Rahmen der Durchführung des Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetzes vom 23.04.1996 notwendig. Das Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz ist rückwirkend am 01.01.1996 in Kraft getreten.</p>	<p>einstimmig angenommen</p> <p>SPD: Ja            CDU: Ja            GRÜNE: Ja</p>

## Einzelplan 05 - Ministerium für Schule und Weiterbildung

Lfd. Nr.	Antrag der Fraktion		Abstimmungsergebnis im Unterausschuß								
05/04	SPD BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN FA	<p> <u>Kapitel 05 340 - Öffentliche Gymnasien</u>  <u>Kapitel 05 380 - Öffentliche Gesamtschulen</u>  <u>Kapitel 05 390 - Öffentliche Sonderschulen</u>  <u>Kapitel 05 410 - Öffentliche berufsbildende Schulen</u>  <u>Kapitel 05 440 - Öffentliche Kollegschulen (Schulversuch)</u>            Titel 422 10 - Bezüge der Beamten         </p> <p>           Anhebung des Beförderungsschlüssels für Fachlehrer/Werkstattlehrer von 52,5 vom Hundert auf 65 vom Hundert für die Bes.Gr. A 10 BBesO.         </p> <p>           Diese Änderung des Beförderungsschlüssels erfordert rd. 210 Hebungen von Bes.Gr. A 9 BBesO nach Bes.Gr. A 10 BBesO, die in den Haushaltsjahren 1997 und 1998 vorgenommen werden sollen.         </p> <p>           Als erste Rate für 1997 werden 102 Hebungen zugelassen, davon bei         </p> <table data-bbox="1037 1209 1197 1635"> <tr> <td>Kapitel 05 380</td> <td>1</td> </tr> <tr> <td>Kapitel 05 390</td> <td>63</td> </tr> <tr> <td>Kapitel 05 410</td> <td>30</td> </tr> <tr> <td>Kapitel 05 440</td> <td>8.</td> </tr> </table>	Kapitel 05 380	1	Kapitel 05 390	63	Kapitel 05 410	30	Kapitel 05 440	8.	angenommen  SPD: Ja CDU: Nein GRÜNE: Ja
Kapitel 05 380	1										
Kapitel 05 390	63										
Kapitel 05 410	30										
Kapitel 05 440	8.										

## Einzelplan 05 - Ministerium für Schule und Weiterbildung

Lfd. Nr.	Antrag der Fraktion	Abstimmungsergebnis im Unterausschuß
noch 05/04	<p>Zur Deckung sind im Gegenzug 35 Herabstufungen von Bes.Gr. A 15 BBesO nach Bes.Gr. A 13 BBesO vorzunehmen, davon bei</p> <p style="margin-left: 40px;">Kapitel 05 340      24 Kapitel 05 410      11.</p> <p><u>Votum des Fachausschusses:</u>      angenommen</p> <p>SPD:      Ja CDU:      Nein Grüne:      Ja</p>	
	<b>Gesamtabstimmung über den Einzelplan 05:</b>	<p>angenommen</p> <p>SPD:      Ja CDU:      Nein GRÜNE:      Ja</p>

## Einzelplan 06 - Ministerium für Wissenschaft und Forschung

Lfd. Nr.	Antrag der Fraktion		Abstimmungsergebnis im Unterausschuß
06/01	SPD BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN	<p>Kapitel 06 010 - Ministerium            Titel 425 10 - Bezüge der Angestellten            Zugang von            1 Stelle der Verg.Gr. I b/II a BAT - DA 01</p> <p>Kapitel 06 220 - Universität - Gesamthochschule Duisburg            Titel 429 21 - Bezüge der Angestellten und Arbeiter sowie Ausbildungsvergütung            Abgang von            1 Stelle der Verg.Gr. I b/IIa BAT - DA 01</p> <p><b>Begründung</b>            Zur Realisierung einer Personalmaßnahme - Umsetzung eines Bediensteten von der Universität - Gesamthochschule Duisburg zum Ministerium für Wissenschaft und Forschung - ist die Verlagerung der Stelle erforderlich, da eine entsprechende Stelle im Ministerium für Wissenschaft und Forschung nicht zur Verfügung steht.</p>	<p>einstimmig angenommen</p> <p>SPD: Ja            CDU: Enthaltung            GRÜNE: Ja</p>

## Einzelplan 06 - Ministerium für Wissenschaft und Forschung

Lfd. Nr.	Antrag der Fraktion		Abstimmungsergebnis im Unterausschuß
06/02	SPD BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN FA	<p><u>Kapitel 06 020 - Allgemeine Bewilligungen</u>            Titelgruppe 63- Maßnahmen zur Förderung der Frauen im Hochschulbereich            Titel 429 63 - Personalausgaben</p> <p>Erhöhung des Ansatzes            von 600.000 DM            um 500.000 DM            auf 1.100.000 DM</p> <p><b>Begründung:</b>            Mit den zusätzlichen Mitteln soll die Arbeit der Frauenbeauftragten gestärkt und die Durchführung von Projekten, Veranstaltungen etc. unterstützt werden.</p> <p><u>Votum des Fachausschusses:</u>      <b>angenommen</b>            SPD: Ja            CDU: Enthaltung            GRÜNE: Ja</p>	<p>einstimmig angenommen</p> <p>SPD: Ja            CDU: Enthaltung            GRÜNE: Ja</p>

## Einzelplan 06 - Ministerium für Wissenschaft und Forschung

Lfd. Nr.	Antrag der Fraktion		Abstimmungsergebnis im Unterausschuß
06/03	SPD BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN FA	<p> <u>Kapitel 06 110 - Hochschulen Allgemein</u>  <b>Titelgruppe 64- Ausgaben für Maßnahmen im Rahmen der Umstrukturierung des Hochschulwesens einschließlich des Medizinbereichs und der Konzentration und Neuordnung von Studiengängen/Studienangeboten</b> </p> <p> <b>1. Bei der Titelgruppe 64 sind folgende Planstellen und Stellen zusätzlich aufzukommen:</b> </p> <p> <u>Kapitel 06 690 - Fachhochschule Bochum</u>  <b>Titel 422 10 - Bezüge der Beamten</b>                      1 Planstelle der Bes.Gr. C 2 - Professor (Architektur - A Nr. 9)                 </p> <p> <u>Kapitel 06 730 - Märkische Fachhochschule Iserlohn</u>  <b>Titel 425 10 - Bezüge der Angestellten</b>                      1 Stelle der Verg.Gr. IV a/IV b BAT - DA 05 (NOK Nr. 203)                 </p> <p> <u>Kapitel 06 740 - Fachhochschule Köln</u>  <b>Titel 422 10 - Bezüge der Beamten</b>                      1 Planstelle der Bes.Gr. A 12 (Fachlehrer - Design)                 </p>	einstimmig angenommen  SPD: Ja CDU: Enthaltung GRÜNE: Ja



## Einzelplan 06 - Ministerium für Wissenschaft und Forschung

Lfd. Nr.	Antrag der Fraktion	Abstimmungsergebnis im Unterausschuß
06/04	SPD BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN FA	<p> <b>Kapitel 06.211 - Universität-Gesamthochschule.Essen</b>  <b>Titel 422 10 - Bezüge der Beamten (und Richter)</b>  <b>Titel 429 21 - Bezüge der Angestellten und Arbeiter sowie Ausbildungsvergütungen</b> </p> <p>           In den Erläuterungen werden in der Tabelle A.4 - Verordnung zur Sicherung der Aufgaben im Hochschulbereich - der Allgemeinen Hinweise folgende Umsetzungsvermerke gestrichen:         </p> <p>           C 4 - Univ. Prof. - Musik 7/2003 -            C 3 a - Univ. Prof. - Musik 3/2004 -            A 13 - Studienrat i.H. - Musik 2/1997            A 13 - Studienrat i.H. - Musik 7/2011            BAT Ib/IIa - DA 01 - Dauer - Musik 6/1999         </p> <p> <b>Begründung</b>            Durch die 4. Verordnung zur Sicherung der Aufgaben im Hochschulbereich sind die Lehramtsstudiengänge "Primarstufe" und "Sekundarstufe I" im Studienfach Musik aufgehoben worden.         </p>

## Einzelplan 06 - Ministerium für Wissenschaft und Forschung

Lfd. Nr.	Antrag der Fraktion		Abstimmungsergebnis im Unterausschuß
noch 06/04	SPD BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN FA	<p>Der Studiengang "Primarstufe" ist inzwischen jedoch wieder auf Dauer eingerichtet worden. Die noch verbliebenen 5 Stellen sind zur Sicherstellung des Lehrangebotes in diesem Studiengang unverzichtbar und müssen deshalb im Haushaltskapitel der Universität - GH Essen verbleiben. Die entsprechenden Umsetzungsvermerke sind daher zu streichen.</p> <p>Votum des <u>Fachausschusses</u>:      <b>angenommen</b>            SPD:      Ja            CDU:      Nichtbeteiligung            GRÜNE:    Ja</p>	

# Einzelplan 06 - Ministerium für Wissenschaft und Forschung

Lfd. Nr.	Antrag der Fraktion	Abstimmungsergebnis im Unterausschuß
06/05	SPD BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN FA	einstimmig angenommen  SPD: Ja CDU: Enthaltung GRÜNE: Ja
<p><b>Kapitel 06.530 - Hochschule für Musik Detmold</b>  <b>Titel 429 22 - Sonstige Vergütungen</b></p> <p>Erhöhung des Ansatzes            von 2.209.100 DM            um 159.100 DM            auf 2.368.200 DM</p> <p>Die Erläuterungen sind anzupassen.</p> <p><b>Begründung:</b>            Die Mittel für die Vergütung von Lehraufträgen in künstlerischen Fächern an Musikhochschulen sollen gegenüber dem Ist 1995 um rund 7% erhöht werden. Seit der letzten Erhöhung der Sätze ist eine lineare Tarifierhöhung im öffentlichen Dienst um insgesamt 14,3 % (1992: 5,4 %; 1993: 3 %; 1994: 3,2 %) erfolgt. Im Hinblick auf die gebotene Gleichbehandlung sollen daher auch die Vergütungssätze für die Musik-Lehrbeauftragten an den Musikhochschulen in zwei Stufen angehoben werden.</p> <p><b>Votum des Fachausschusses:</b> angenommen            SPD: Ja            CDU: Nichtbeteiligung            GRÜNE: Ja</p>		

# Einzelplan 06 - Ministerium für Wissenschaft und Forschung

Lfd. Nr.	Antrag der Fraktion		Abstimmungsergebnis im Unterausschuß
06/06		<p><b>Kapitel 06 540 - Hochschule für Musik Köln</b>  <b>Titel 429 22 - Sonstige Vergütungen</b></p> <p>Erhöhung des Ansatzes            von 3.772.100 DM            um 254.300 DM            auf 4.026.400 DM</p> <p>Die Erläuterungen sind anzupassen.</p> <p><b>Begründung:</b>            Die Mittel für die Vergütung von Lehraufträgen in künstlerischen Fächern an Musikhochschulen sollen gegenüber dem Ist 1995 um rund 7 % erhöht werden. Seit der letzten Erhöhung der Sätze ist eine lineare Tarifierhöhung im öffentlichen Dienst um insgesamt 14,3 % (1992: 5,4 %; 1993: 3 %; 1994: 3,2 %) erfolgt. Im Hinblick auf die gebotene Gleichbehandlung sollen daher auch die Vergütungssätze für die Musik-Lehrbeauftragten an den Musikhochschulen in zwei Stufen angehoben werden.</p> <p><b>Votum des Fachausschusses:</b>      <b>angenommen</b>            SPD:      Ja            CDU:      Nichtbeteiligung            GRÜNE:      Ja</p>	<p>einstimmig angenommen</p> <p>SPD:      Ja            CDU:      Enthaltung            GRÜNE:      Ja</p>

# Einzelplan 06 - Ministerium für Wissenschaft und Forschung

Lfd. Nr.	Antrag der Fraktion		Abstimmungsergebnis im Unterausschuß
06/07	SPD BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN FA	<p>Kapitel 06 550 - Folkwang-Hochschule Essen            Titel 429 22 - Sonstige Vergütungen</p> <p>Erhöhung des Ansatzes            von 2.122.200 DM            um 141.000 DM            auf 2.263.200 DM</p> <p>Die Erläuterungen sind anzupassen.</p> <p><b>Begründung:</b>            Die Mittel für die Vergütung von Lehraufträgen in künstlerischen Fächern an Musikhochschulen sollen gegenüber dem Ist 1995 um rund 7% erhöht werden. Seit der letzten Erhöhung der Sätze ist eine lineare Tarifierhöhung im öffentlichen Dienst um insgesamt 14,3 % (1992: 5,4 %; 1993: 3 %; 1994: 3,2 %) erfolgt. Im Hinblick auf die gebotene Gleichbehandlung sollen daher auch die Vergütungssätze für die Musik-Lehrbeauftragten an den Musikhochschulen in zwei Stufen angehoben werden.</p> <p><b>Votum des Fachausschusses:</b> <b>angenommen</b>            SPD: Ja            CDU: Nichtbeteiligung            GRÜNE: Ja</p>	<p>einstimmig angenommen</p> <p>SPD: Ja            CDU: Enthaltung            GRÜNE: Ja</p>

# Einzelplan 06 - Ministerium für Wissenschaft und Forschung

Lfd. Nr.	Antrag der Fraktion	Abstimmungsergebnis im Unterausschuß
06/08	SPD BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN FA	<p><b>Kapitel 06 570 - Robert-Schumann-Hochschule Düsseldorf</b>  <b>Titel 429 22 - Sonstige Vergütungen</b></p> <p>Erhöhung des Ansatzes            von 2.215.600 DM            um 145.600 DM            auf 2.361.200 DM</p> <p>Die Erläuterungen sind anzupassen.</p> <p><b>Begründung:</b>            Die Mittel für die Vergütung von Lehraufträgen in künstlerischen Fächern an Musikhochschulen sollen gegenüber dem Ist 1995 um rund 7 % erhöht werden. Seit der letzten Erhöhung der Sätze ist eine lineare Tarifierhöhung im öffentlichen Dienst um insgesamt 14,3 % (1992: 5,4 %; 1993: 3 %; 1994: 3,2 %) erfolgt. Im Hinblick auf die gebotene Gleichbehandlung sollen daher auch die Vergütungssätze für die Musik-Lehrbeauftragten an den Musikhochschulen in zwei Stufen angehoben werden.</p> <p><b>Votum des Fachausschusses:</b>      <b>angenommen</b>            SPD:      Ja            CDU:      Nichtbeteiligung            GRÜNE:      Ja</p>

## Einzelplan 06 - Ministerium für Wissenschaft und Forschung

Lfd. Nr.	Antrag der Fraktion	Abstimmungsergebnis im Unterausschuß
	<b>Gesamtabstimmung über den Einzelplan 06:</b>	<b>angenommen</b>  SPD: <b>Ja</b> CDU: <b>Nein</b> GRÜNE: <b>Ja</b>



Ministerium für Wissenschaft und Forschung  
des Landes Nordrhein-Westfalen

Anlage 1

Die Ministerin

Völklinger Straße 49  
40221 Düsseldorf  
Telefon  
(0211) 896 - 04  
Durchwahl  
896 - 4302

An die  
Vorsitzende  
des Ausschusses für Wissen-  
schaft und Forschung  
Frau Ingrid Fitzek MdL  
Landtag NRW

40190 Düsseldorf

Datum  
13. Nov. 1996



Aktenzeichen bei Antwort bitte angeben

Z A 3 - 4020.97

Betr.: Beratungen des Haushaltsplanentwurfs 1997 - Einzelplan  
06 -

Bezug: Ausschlußberatung am 26.09.1996  
hier: Kapitel 06 110 Titelgruppe 64 ("Topfstellen")

Sehr geehrte Frau Vorsitzende,

wie schon bei der Einführung in den Haushaltsentwurf 1997 ange-  
kündigt, teile ich die Stellen mit, die bei Kapitel 06 110 Titel-  
gruppe 64 über den Finanzierungsentwurf hinaus aufgekommen sind:

Kapitel 06 690 - Fachhochschule Bochum - :  
1 Bes.Gr. C 2 - Professor - Architektur - (A. Nr. 9)

Kapitel 06 730 - Märkische Fachhochschule Iserlohn - :  
1 Verg.Gr. IVa/IVb - DA 05 - (NOK Nr. 203)

Kapitel 06 740 - Fachhochschule Köln - :  
1 Bes.Gr. A 12 - Fachlehrer - Design -

Für diese drei Stellen schlage ich folgende Verwendung vor:

Kapitel 06 160 - Universität Dortmund - :  
1 Verg.Gr. Ib/IIa - DA 01 - Wiss. Ang. - Dauer - für Chemi-  
sche Verfahrenstechnik (Zusammenarbeit mit UMSICHT)

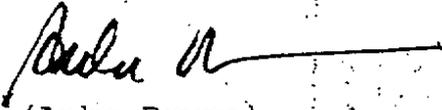
Kapitel 06 181 - Universität Bielefeld - :

1 Verg.Gr. Ib/IIa - DA 01 - Wiss. Ang. a.Z. - für Multiethnische Kulturforschung -

Kapitel 06 220 - Universität - Gesamthochschule Duisburg - :

1 Verg.Gr. Ib/IIa - DA 01 - Wiss. Ang. - Dauer - für Computerlinguistik -

Mit freundlichen Grüßen



(Anke Brunn)

# Einzelplan 07 - Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales

Lfd. Nr	Antrag der Fraktion		Abstimmungsergebnis im Unterausschuß
		GesamtAbstimmung über den Einzelplan 07:	angenommen SPD: Ja CDU: Nein GRÜNE: Ja

## Einzelplan 08 - Ministerium für Wirtschaft und Mittelstand, Technologie und Verkehr

Lfd. Nr.	Antrag der Fraktion	Abstimmungsergebnis im Unterausschuß
08/01	<p><u>Kapitel 08 010 - Ministerium</u>  <u>Titel 426 10 - Bezüge der Arbeiter</u></p> <p>Es wird folgende Erläuterung zum Wegfall einer Stelle aufgrund eines kw-Vermerks aufgenommen:</p> <p style="text-align: center;">- (1) Stelle kw - Einsparung 1995 -</p>	<p>einstimmig angenommen</p> <p>SPD: Ja            CDU: Ja            GRÜNE: Ja</p>
08/01 a)	<p><u>Kapitel 08 010 - Ministerium</u>  <u>Titel 422 10 - Bezüge der Beamten</u></p> <p>Hebung einer Leerstelle durch</p> <p>Zugang von</p> <p style="padding-left: 20px;">1 Leerstelle der Bes.Gr. A 16 BBesO</p> <p>Abgang von</p> <p style="padding-left: 20px;">1 Leerstelle der Bes.Gr. A 15 BBesO</p> <p><b>Begründung:</b>            Die Hebung der Leerstelle ist für einen beurlaubten Beamten vorgesehen, der bei der SPD-Landtagsfraktion beschäftigt ist.</p>	<p>einstimmig angenommen</p> <p>SPD: Ja            CDU: Ja            GRÜNE: Ja</p>

# Einzelplan 08 - Ministerium für Wirtschaft und Mittelstand, Technologie und Verkehr

Lfd. Nr.	Antrag der Fraktion	Abstimmungsergebnis im Unterausschuß
08/02	<p><b>Kapitel 08 020 - Allgemeine Bewilligungen</b></p> <p>Es wird folgender kapitelübergreifender Haushaltsvermerk aufgenommen:</p> <p>"In Kapitel 08 010 sind 10 Stellen kw ab 1.1.1997. In Kapitel 08 120 sind 5 Stellen kw ab 1.1.1998. Die kw-Vermerke sind nach Maßgabe der Kabinettsentscheidung über die Ergebnisse der Organisationsuntersuchungen zu vollziehen."</p> <p>Die entsprechenden Erläuterungen entfallen.</p> <p><b>Begründung:</b> Der auszubringende Haushaltsvermerk ist im Haushaltsplanentwurf nur als Erläuterung ausgewiesen worden.</p>	<p>einstimmig angenommen</p> <p>SPD: Ja CDU: Ja GRÜNE: Ja</p>
<b>Gesamtabstimmung über den Einzelplan 08:</b>		<p>angenommen</p> <p>SPD: Ja CDU: Nein GRÜNE: Ja</p>

# Einzelplan 09 - Ministerium für Bundes- und Europaangelegenheiten

Lfd. Nr.	Antrag der Fraktion	Abstimmungsergebnis im Unterausschuß
09/01	<p>Kapitel 09 010 - Ministerium für Bundes- und Europaangelegenheiten</p> <p>Titel 422 10 - Bezüge der Beamten</p> <p>Titel 425 10 - Bezüge der Angestellten</p> <p>Titel 426 10 - Bezüge der Arbeiter</p> <p>Titel 422 10</p> <p>Erhöhung des Ansatzes</p> <p>von 2.189.400 DM</p> <p>um 45.000 DM</p> <p>auf 2.234.400 DM</p> <p>Titel 426 10</p> <p>Reduzierung des Ansatzes</p> <p>von 759.400 DM</p> <p>um 45.000 DM</p> <p>auf 714.400 DM</p> <p>Titel 422 10 und Titel 426 10</p> <p>Umwandlung einer Stelle für Arbeiter in eine Planstelle durch</p> <p>Zugang von</p> <p>1 Planstelle der Bes.Gr. A 12 BBesO</p> <p>Abgang von</p> <p>1 Stelle der Lohngruppe 3a-2a MTL</p>	<p>einstimmig angenommen</p> <p>SPD: Ja</p> <p>CDU: Ja</p> <p>GRÜNE: Ja</p>

## Einzelplan 09 - Ministerium für Bundes- und Europaangelegenheiten

Lfd. Nr.	Antrag der Fraktion		Abstimmungsergebnis im Unterausschuß
noch 09/01		<p><u>Titel 425 10</u> Umwandlung einer Stelle für Angestellte durch Zugang von 1 Stelle der Verg.Gr. III/IVa BAT Abgang von 1 Stelle der Verg.Gr. VII/VIII BAT</p> <p><u>Titel 426 10</u> Ausweisung eines kw-Vermerks: "Zu Lohngr. 3a-2a: 1 (-) Stelle kw ab 1.1.1997"</p> <p><b>Begründung:</b> Seit der Übernahme der Europäischen Aufgaben im September 1996 hat das MBEA eine erhebliche Mehrarbeit zu leisten, die mit dem vorhandenen Personal nicht erledigt werden kann. Das Kabinett hat sich am 01.10.1995 darauf verständigt, daß der Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten zusammen mit dem Finanzministerium und den Fachressorts prüft, auf welchem Wege der zusätzliche Personalbedarf von 7 Stellen im nächsten Jahr ohne neue Stellen gedeckt werden könne (Abordnung, Werkvertrag).</p>	

## Einzelplan 09 - Ministerium für Bundes- und Europaangelegenheiten

Lfd. Nr.	Antrag der Fraktion	Abstimmungsergebnis im Unterausschuß
<p>noch 09/01</p>		<p>Das MBEA stellt durch Umorganisation zwei Mitarbeiterstellen zur Umwandlung in zwei Sachbearbeiterstellen bereit. Diese Sachbearbeiter sollen die</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>* Mehrarbeit für den Europahaushalt mit seinen Zuwendungen</li> <li>* die Abwicklung von Europapolitischen Veranstaltungen</li> <li>* die Ausweitung der Kommunikationstechnologie der drei Standorte des Ministeriums</li> <li>* die Personalsachbearbeitung der Vertretung in Brüssel und des EU-Stellen-pools erledigen.</li> </ul> <p>Die Umwandlungen bewirken - neben der Verlagerung von 45.000 DM - zusätzliche Personalkosten in Höhe von 45.000 DM, die durch die Ausweisung eines kw-Vermerks an einer Stelle der Lohngruppe 3a-2a MTL ab 1.1.1997 gedeckt werden sollen.</p>

## Einzelplan 09 - Ministerium für Bundes- und Europaangelegenheiten

Lfd. Nr.	Antrag der Fraktion	Abstimmungsergebnis im Unterausschuß
09/02 a)	<p><b>Kapitel 09 010 - Ministerium</b>  <b>Titel 422 10 - Bezüge der Beamten</b></p> <p>Reduzierung des Ansatzes            von (unter Berücksichtigung der lfd. Nr. 09/01)            um 2.234.400 DM            auf 130.000 DM            2.104.400 DM</p> <p>Abgang von            1 Planstelle der Bes.Gr. B 2 BBesO</p> <p><b>Titel 425 10 - Bezüge der Angestellten</b></p> <p>Erhöhung des Ansatzes            von 2.216.600 DM            um 127.000 DM            auf 2.343.600 DM</p> <p>Zugang von            1 Stelle für Angestellte der Verg.Gr. I BAT</p> <p><b>Begründung:</b>            Es erfolgt ein wertigkeits- und kostenneutraler Stellentausch mit Kapitel 09 030,            um dort die Höhergruppierung einer Angestellten zu ermöglichen.</p>	<p>einstimmig angenommen</p> <p>SPD: Ja            CDU: Ja            GRÜNE: Ja</p>

## Einzelplan 09 - Ministerium für Bundes- und Europaangelegenheiten

Lfd. Nr.	Antrag der Fraktion	Abstimmungsergebnis im Unterausschuß
09/02 b)	<p><b>Kapitel 09_030 - Europaangelegenheiten</b>  <b>Titelgruppe 60 - Vertretung des Landes NRW bei der Europäischen Union</b>  <b>Titel 422 60 - Bezüge der Beamten</b></p> <p>Erhöhung des Ansatzes            von 1.083.700 DM            um 130.000 DM            auf 1.213.700 DM</p> <p>Zugang von            1 Planstelle der Bes.Gr. B 2 BBesO</p> <p><b>Titel 425 60 - Bezüge der Angestellten</b></p> <p>Reduzierung des Ansatzes            von 877.300 DM            um 127.000 DM            auf 750.300 DM</p> <p>Abgang von            1 Stelle der Verg.Gr. I BAT</p> <p><b>Begründung:</b>            Es erfolgt ein wertigkeits- und kostenneutraler Stellentausch mit Kapitel 09 010, um die Höhergruppierung einer Angestellten in der Landesvertretung in Brüssel zu ermöglichen.</p>	<p>einstimmig angenommen</p> <p>SPD: Ja            CDU: Ja            GRÜNE: Ja</p>

# Einzelplan 09 - Ministerium für Bundes- und Europaangelegenheiten

Lfd. Nr.	Antrag der Fraktion	Abstimmungsergebnis im Unterausschuß
		<b>angenommen</b>  SPD: Ja CDU: Nein GRÜNE: Ja

## Einzelplan 10 - Ministerium für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft

Lfd. Nr.	Antrag der Fraktion	Abstimmungsergebnis im Unterausschuß
	Gesamtabstimmung über den Einzelplan 10:	angenommen  SPD: Ja CDU: Nein GRÜNE: Ja

**Einzelplan 11 - Ministerium für die Gleichstellung von Frau und Mann**

Lfd. Nr.	Antrag der Fraktion	Abstimmungsergebnis im Unterausschuß
		<p><b>Gesamtabstimmung über den Einzelplan 11:</b></p> <p><b>angenommen</b></p> <p><b>SPD: Ja</b>  <b>CDU: Nein</b>  <b>GRÜNE: Ja</b></p>

## Einzelplan 12 - Finanzministerium

Lfd. Nr.	Antrag der Fraktion	Abstimmungsergebnis im Unterausschuß
		<b>angenommen</b>  SPD: Ja CDU: Nein GRÜNE: Abwesend
<b>Gesamtabstimmung über den Einzelplan 12:</b>		

# Einzelplan 13 - Landesrechnungshof

Lfd. Nr.	Antrag der Fraktion		Abstimmungsergebnis im Unterausschuß
		<b>Gesamtabstimmung über den Einzelplan 13:</b>	<b>einstimmig angenommen</b>  SPD: Ja CDU: Enthaltung GRÜNE: Ja

## Einzelplan 14 - Ministerium für Bauen und Wohnen

Lfd. Nr.	Antrag der Fraktion		Abstimmungsergebnis im Unterausschuß
14/01	SPD CDU BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN	<p><b>Kapitel 14 010 - Ministerium</b>  <b>Titel 422 10 - Bezüge der Beamten</b>            Zugang von                1 Leerstelle der Bes.Gr. A 16 BBesO</p> <p><b>Begründung:</b>            Die Leerstelle ist für einen zu beurlaubenden Beamten vorgesehen, der zur CDU-Landtagsfraktion versetzt werden soll.</p>	einstimmig angenommen  SPD: Ja CDU: Ja GRÜNE: Ja
14/02		<p><b>Kapitel 14 010 - Ministerium</b>  <b>Titel 422 10 - Bezüge der Beamten</b>            Zugang von                1 Leerstelle der Bes.Gr. B 2 BBesO</p> <p><b>Begründung:</b>            Die Leerstelle ist für den Leiter des Referates I A 3 "Allgemeines Wohnwesen, Bauen, Wohnen und Stadtentwicklung des Ministeriums für Bauen und Wohnen" vorgesehen. Er soll mit Wirkung vom 1. Januar 1997 für eine Tätigkeit bei der Gesellschaft der Westdeutschen ImmobilienBank WestProject &amp; Consult GmbH gem. § 12 SURV für die Dauer von 5 Jahren beurlaubt werden. Die detaillierte Begründung des Ministeriums für die Notwendigkeit der Einrichtung dieser Leerstelle ergibt sich aus Anlage 1 zu Einzelplan 14.</p>	einstimmig angenommen  SPD: Ja CDU: Ja GRÜNE: Ja

## Einzelplan 14 - Ministerium für Bauen und Wohnen

Lfd. Nr.	Antrag der Fraktion	Abstimmungsergebnis im Unterausschuß
14/03	<p style="margin: 0;">Titel 425 10 - Bezüge der Angestellten Zugang von 1 Leerstelle der Verg.Gr. Ib BAT</p> <p style="margin: 0;"><b>Begründung:</b> Die Leerstelle ist für die Referentin des Referats "Presse- und Öffentlichkeitsarbeit" des Ministeriums für Bauen und Wohnen vorgesehen. Sie soll zur Wahrnehmung einer Tätigkeit als Referentin in der Öffentlichkeitsarbeit bei der Internationalen Bauausstellung IBA Emscher Park für die Zeit vom 03.12.1996 - 31.12.1999 beurlaubt werden. Die detaillierte Begründung des Ministeriums für die Notwendigkeit der Einrichtung dieser Leerstelle ergibt sich aus Anlage 1 zu Einzelplan 14.</p>	<p style="margin: 0;">einstimmig angenommen</p> <p style="margin: 0;">SPD: Ja CDU: Ja GRÜNE: Ja</p>
	<b>Gesamtabstimmung über den Einzelplan 14:</b>	<p style="margin: 0;">angenommen</p> <p style="margin: 0;">SPD: Ja CDU: Nein GRÜNE: Ja</p>



Anlage 2

Ministerium für Bauen und Wohnen  
des Landes Nordrhein-Westfalen

Der Staatssekretär

An den  
Vorsitzenden  
des Unterausschusses Personal  
des Haushalts- und Finanzausschusses  
Herrn Abgeordneten  
Peter Bensmann, MdL  
Platz des Landtags

Elisabethstraße 5-11  
40 217 Düsseldorf  
Telefon: (0211) 38 43-0  
Durchwahl 38 43-482  
Telefax (0211) 3 84 36 01

Datum: 28. November 1996

I B 1-2210 (96)

40002 Düsseldorf

**Einrichtung je einer Leerstelle der Bes.Gr. B 2 BBesO (Ministerialrat) und der  
Verg.Gr. I b BAT im Kapitel 14 010**

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

ich bitte, die nachfolgend begründeten Anträge auf Einrichtung von 2 Leerstellen im Kapitel  
14 010 in die Beratung des Unterausschusses „Personal“ am 02.12.1996 einzu beziehen.  
Die Notwendigkeit der Einrichtung der Leerstellen ist mit dem Finanzministerium abgestimmt  
worden.

Im einzelnen:

(1)

Dem Leiter des Referates I A 3 „Allgemeines Wohnwesen, Bauen, Wohnen und Stadtentwick-  
lung des Ministeriums für Bauen und Wohnen“ soll mit Wirkung vom 1. Januar 1997 für eine  
Tätigkeit bei der Gesellschaft der Westdeutschen ImmobilienBank WestProject & Consult  
GmbH gem. § 12 SUrlV für die Dauer von 5 Jahren Sonderurlaub unter gleichzeitiger  
Anerkennung, daß die Beurlaubung dienstlichen Interessen dient, gewährt werden.  
Dienstbezüge erhält der Beamte für diesen Zeitraum nicht.

Daß die Beurlaubung öffentlichen Belangen und dienstlichen Interessen dient, ergibt sich aus folgenden Gründen:

Die Westdeutsche ImmobilienBank ist als rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts gegründet worden. Das Tätigkeitsfeld, in dem der Beamte eingesetzt werden soll, besteht ausschließlich in der Entwicklung und Umsetzung von Modellen, die öffentliche Investitionen betreffen. In Zeiten, in denen öffentliche Investitionen wegen der schwierigen Haushaltslage bei Bund, Länder und Kommunen häufig zurückgestellt werden müssen, liegt es im öffentlichen Interesse, Überlegungen im Hinblick auf Investitionsmodelle anzustellen, die die öffentlichen Haushalte entlasten können. Im wesentlichen wird zur Aufgabe des Beamten gehören, Lösungsmodelle für die Entwicklung von Verwaltungsgebäuden und Wohnungsbauprojekten zu erarbeiten. Die Erfahrungen des Beamten im öffentlichen Dienst können einerseits in das Tätigkeitsfeld der Westdeutschen ImmobilienBank eingebracht werden, andererseits auch die dort gewonnenen Erfahrungen bei seiner Rückkehr von erheblichem dienstlichen Nutzen sein.

Es wird sichergestellt, daß der Beamte nach Ablauf der Beurlaubungszeit rechtsgleich in einer Funktion wiederverwendet wird, für die er geeignet ist und die ihn nicht in einen Interessenkonflikt mit seiner während der Beurlaubung ausgeübten Tätigkeit bringt.

Die Westdeutsche ImmobilienBank hat die Bereitschaft zur Übernahme des Versorgungszuschlags erklärt, die gem. § 6 I.10 VVBeamstVG erforderlich ist, um die Zeit der Beurlaubung ohne Dienstbezüge als ruhegehaltsfähige Dienstzeit anerkennen zu können.

Finanzministerium und Innenministerium haben ihre Zustimmung gem. § 12 SurlV erteilt.

Zur stellenmäßigen Führung des Beamten ist bei Kapitel 14 010 Titel 422 10 eine Leerstelle der Bes.Gr. B 2 BBesO einzurichten.

Zur Einrichtung dieser Leerstelle besteht auch ein unabweisbares Bedürfnis, weil die durch die Beurlaubung freigewordene Stelle des Leiters des Referates I A 3 „Allgemeines Bauwesen, Bauen, Wohnen und Stadtentwicklung“ unter Berücksichtigung der herausgehobenen Bedeutung, die die Wohnungspolitik innerhalb der Zielsetzung der Landesregierung einnimmt, unbedingt wiederbesetzt werden muß.

(2)

Die Referentin des Referats „Presse- und Öffentlichkeitsarbeit“ des Ministeriums für Bauen und Wohnen hat beantragt, sie unter Wegfall der Vergütung zur Wahrnehmung einer Tätigkeit als Referentin in der Öffentlichkeitsarbeit bei der Internationalen Bauausstellung IBA Emscher Park für die Zeit vom 03.12.1996 - 31.12.1999 zu beurlauben

Gemäß § 50 Abs. 2 BAT kann Angestellten bei Vorliegen eines wichtigen Grundes unter Verzicht auf die Bezüge Sonderurlaub erteilt werden, wenn die dienstlichen oder betrieblichen Verhältnisse es gestatten. Die Zeit der Beurlaubung kann als Beschäftigungszeit angerechnet werden, wenn vor Antritt des Sonderurlaubs ein dienstliches Interesse an der Beurlaubung schriftlich anerkannt worden ist.

Die Beurlaubung unter Verzicht auf die Bezüge für eine Tätigkeit bei der IBA Emscher Park ist ein wichtiger Grund im Sinne dieser Vorschrift. Die IBA Emscher Park stellt ein bedeutendes Bauvorhaben des Landes Nordrhein-Westfalen dar. Die Erfahrungen der Referentin bei ihrer Tätigkeit im Bereich Presse- und Öffentlichkeitsarbeit des MBW können einerseits effektiv in das Tätigkeitsfeld bei der IBA Emscher Park eingebracht werden, andererseits auch die dort gewonnenen Erfahrungen bei ihrer Rückkehr von erheblichem dienstlichem Nutzen sein. Die Beurlaubung liegt somit auch im dienstlichen Interesse, so daß die Beurlaubungszeit als Beschäftigungszeit anerkannt werden kann.

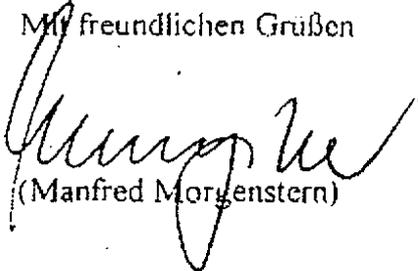
Für die Dauer der Beurlaubung soll eine Leerstelle der Verg.Gr. I b BAT eingerichtet werden. Die Notwendigkeit einer umgehenden Wiederbesetzung der Stelle ist angesichts der Bedeutung des Referats für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit in einer obersten Landesbehörde offensichtlich. Neben der täglichen Pressearbeit veröffentlicht das Ministerium zahlreiche fachliche Publikationen - auch über sein Landesinstitut für Bauwesen -, die zeitnah redigiert werden müssen.

Zur stellenmäßigen Führung der Bediensteten ist daher mit Wirkung vom 01.01.1997 bei Kapitel 14 010 Titel 425 10 eine Leerstelle der Verg.Gr. I b BAT einzurichten.

(3)

Der Bedarf zur Einrichtung dieser Leerstellen hat sich erst so kurzfristig ergeben, daß eine Berücksichtigung im Rahmen der 2. Ergänzungsvorlage nicht mehr möglich war. Wegen der Notwendigkeit der Stelleneinrichtung habe ich ausnahmesweise diese Form der Antragstellung gewählt. Ich hoffe insoweit auf Ihr Verständnis.

Mit freundlichen Grüßen



(Manfred Morgenstern)

**Einzelplan 15 - Ministerium für Stadtentwicklung, Kultur und Sport**

Lfd. Nr.	Antrag der Fraktion	Abstimmungsergebnis im Unterausschuß
	GesamtAbstimmung über den Einzelplan 15:	angenommen  SPD: Ja CDU: Nein GRÜNE: Ja

# Einzelplan 20 - Allgemeine Finanzverwaltung

Lfd. Nr.	Antrag der Fraktion	Abstimmungsergebnis im Unterausschuß
		angenommen SPD: Ja CDU: Nein GRÜNE: Ja